

Exoten lancieren Volksinitiative

Politische Querdenker wollen ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle

RUEDI STUDER, Bern

Die Thurgauerin Gabi Coray und der Aargauer Pius Lischer sind die führenden Köpfe des Initiativkomitees «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen – finanziert über Energielenkungsabgaben». Am 18. Mai startet die Unterschriftensammlung.

Die Idee ist zwar nicht neu, wurde in letzter Zeit aber in linken, sozial engagierten und globalisierungskritischen Kreisen wieder intensiver diskutiert: Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens als Grundrecht für alle. Ein Existenzgeld, welches an keine Gegenleistungen geknüpft ist. Ein solidarisches Bürgergeld, welches ohne Bedürftigkeitsprüfung ausbezahlt wird.

Eine Idee, die auch im Parlament ihren Niederschlag fand: Vor einem Jahr reichte die grüne Zürcher Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber eine Motion für eine Grundsicherung ein. Und der Waadtländer PdA-Nationalrat Josef Zisyadis stiess in der letzten Frühlingssession mit einer Parlamentarischen Initiative für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nach. Unabhängig davon lanciert nun ein Bürgerkomitee eine eidgenössische Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen – finanziert durch Energielenkungsabgaben». Die Unterschriftensammlung beginnt am 18. Mai – dann wird der Initiativtext im Bundesblatt publiziert.

Der BaZ liegt der Text bereits vor: «Bund, Kantone und Gemeinden setzten sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass die soziale Sicherheit durch ein bedingungsloses Grundeinkommen gewährleistet ist, das durch Energielenkungsabgaben finanziert wird», lautet die Kernforderung der Initianten, die sie unter dem Kapitel Sozialziele in der Bundesverfassung festgeschrieben haben möchten.

NEUE FREIHEITEN. «Das bedingungslose Grundeinkommen eröffnet den Menschen neue Freiheiten», sagt Gabi Coray (44) als Co-Präsidentin des Initiativkomitees. «Sie können ihre Zeit anders gestalten und kreativ tätig sein, das würde auch individualisiertere Biografien erlauben.» Zudem ermögliche das Grundeinkommen



Kampf dem «Politfilz». Die Thurgauerin Gabi Coray prescht in Bundesbern mit unkonventionellen Ideen vor. Foto Henry Muchenberger

men auch mehr Teilzeitarbeit, so Coray. Das Grundeinkommen würde jeder erhalten – unabhängig vom sonstigen Einkommen oder Vermögen. Die Höhe müsste monatlich etwa 3000 Franken pro Person betragen.

«Sozialhilfe, IV oder Arbeitslosenunterstützung würden dadurch unnötig – und mit dem Grundeinkommen würden auch Behördenwillkür und die Stigmatisierung der betroffenen Perso-

nen entfallen», meint die Thurgauerin. Der Staat würde also nur noch das Grundeinkommen garantieren – die obligatorischen Sozialversicherungen würden überflüssig. «Es bleibt aber jedem offen, sich zusätzlich privat zu versichern», erklärt Coray.

Diesbezüglich macht der Initiativtext klar, dass «alle obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge, alle Steuern zur Finanzierung der Sozialversicherungen

und alle obligatorischen Pensionskassenbeiträge durch Energielenkungsabgaben zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens ersetzt werden». Die Energielenkungsabgaben wiederum würden «durch Quellenlenkungsabgaben für nicht erneuerbare Energien, Baurechtszinsen, Bodennutzungs- und Gewässernutzungsgebühren finanziert». Dies aus ökologischen Überlegungen, wie Coray – mit Verweis auf die drohende Erdölknappheit – sagt: «Für uns stehen Mensch und Natur im Zentrum.»

QUERDENKER. Hinter den Initianten steckt keine grosse Politorganisation. «Wir sind Querdenker und Freidenker, die ihre Volksrechte wahrnehmen», meint Coray. Sie selber präsidiert die Partei gegen Politlügen Schweiz und kandidierte in ihrem Kanton für National-, Stände- und Regierungsrat – zu mehr als einem Achtungserfolg reichte es aber nicht. Coray ist eine politische Exotin, die gegen den «Politfilz der etablierten Parteien» ankämpft.

Dasselbe gilt für den zweiten Co-Präsidenten, den Aargauer Pius Lischer. Bereits 2006 hatte er zwei Volksinitiativen lanciert: Mit der einen wollte er die Sozialversicherungen über eine Steuer auf nicht erneuerbare Energien finanzieren, mit der anderen die Gesundheitskosten nach Verursacherprinzip decken. Für beide Anliegen sind nicht genügend Unterschriften zusammengekommen. Als Parteiloser kandidierte auch er in seinem Kanton (erfolglos) für den Regierungsrat und den Ständerat. Und 2009 kandidierte Coray wie auch Lischer für die Nachfolge von Bundesrat Pascal Couchepin. Dabei knüpften die beiden Kontakt – und machen nun mit der neuen Volksinitiative gemeinsame Sache.

Trotz der fehlenden Lobby zeigt sich Coray zuversichtlich, die benötigten 100 000 Unterschriften zusammenzukriegen: «Wir werden uns weiter vernetzen und Überzeugungsarbeit leisten.» Was an Geld fehle, wolle man durch persönlichen Einsatz wettmachen. Und sollten die Initianten scheitern, haben sie bereits eine neue Idee in petto: «Dann werden wir vielleicht mit einer Volksinitiative das Recht auf Arbeit einfordern», sagt Coray.

Kein Verlass auf Wisenberg-Allianz

Metropolitanraum Zürich schert aus

TIMM EUGSTER, Zürich

Ein dritter Juradurchstich fehlt auf der Liste der wichtigen Bahnprojekte des Metropolitanraums Zürich – obwohl sechs der acht Mitgliedskantone gleichzeitig dem Gotthardkomitee angehören, auf das Basel beim Lobbying für den Wisenbergtunnel in Bern stark setzt.

Auf den ersten Blick birgt die Liste der «prioritären Schienen-Massnahmen», für die sich Zürich mit seinen Allianzpartnern Aargau, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau, Zug und Schwyz einsetzen will, Erfreuliches für die Region: Der fünfte und letzte Punkt der Liste, die am Freitag in Luzern von der Metropolitankonferenz beschlossen werden soll, lautet «Ausbauen Basel». Konkret wollen Zürich und seine Partner in Bern für das dritte und vierte Gleis zwischen Badischem Bahnhof und Landesgrenze reichte es aber nicht. Coray ist eine politische Exotin, die gegen den «Politfilz der etablierten Parteien» ankämpft.

In Basel reagieren die Zuständigen im Bau- und Verkehrsdepartement verwundert auf die nicht abgesprochene Aufnahme der Basler Projekte: Ist doch der Grundstein für die Brücke bereits «gewässert» worden (Bild), das Projekt finanziert. Und die zusätzlichen Gleise zur Landesgrenze muss Deutschland bauen – auch hier braucht es kaum Lobbying.

Was auf der Zürcher Wunschliste im Powerplay der Regionen um die Bahninfra-

struktur-Milliarden hingegen fehlt, ist der neue Juradurchstich. Was der Basler Baudirektor Hans-Peter Wessels bedauert, wie er ausrichten lässt: «Er ermöglicht erst den Viertelstundentakt Zürich–Basel und die Integration der Deutschschweiz ins europäische Hochgeschwindigkeitsnetz.» Dies anerkennt auch Traber. «Aber der Wisenbergtunnel hätte darüber hinaus eine grosse Bedeutung für den Nord-Süd-Verkehr – deshalb kann man ihn aus dem Raum Zürich hinaus nicht gut explizit fordern.» Ausserdem, so Traber, dürfe man Prioritätenlisten nicht überladen, wenn sie politisch wirksam sein sollen.

GESPRÄCH. Wessels will nun mit der Metropolitankonferenz Zürich das Gespräch suchen. Bis jetzt sei dies nicht geschehen, bestätigt deren Präsident, der Zürcher Regierungsrat Markus Notter, der BaZ. Die beiden Basel setzen beim Lobbying für den Wisenbergtunnel stark auf das Gotthardkomitee, in dem die 13 Kantone der Nord-Süd-Achse vertreten sind – mit geeintem Handeln wären sie ein starker Player in Bern. Bloss: Mit Zürich, Aargau, Luzern, Schaffhausen, Schwyz und Zug sind sechs der acht Mitglieder des Metropolitanraums Zürich gleichzeitig Mitglieder der Gotthardkonferenz – trotzdem fehlt der Wisenbergtunnel auf der Zürcher Liste.

Der Baslerbieter Ständerat Claude Janiak kritisiert: «Ich habe Mühe, wenn sich Kantone in verschiedenen Komitees unterschiedlich äussern.»



Grundstein gelegt. Zürich will für eine zweite Basler Bahnbrücke lobbyieren – doch diese ist bereits im Bau. Foto H. Muchenberger



die schweiz präsidiert den europarat

Parlamentarier schreiben für die BaZ Heute: Nationalrat Andreas Gross (SP, ZH)

MENSCHENRECHTE. Ein halbes Jahr lang, vom 18. November 2009 bis am kommenden Mittwoch, 12. Mai, präsidierte die Schweiz den Europarat in Strassburg. Während dieser Zeit haben vier Schweizer Europarats-Abgeordnete abwechselnd jeden Donnerstag in der BaZ über ihre Arbeit berichtet. Neben Andreas Gross (SP, ZH), der heute die Serie abschliesst, haben auch Dick Marty (FDP, TI), Theo Maissen (CVP, GR) und Maximilian Reimann (SVP, AG) ihre persönlichen Eindrücke der Präsidentschaft festgehalten. Diesen Samstag zieht zudem Aussenministerin Micheline Calmy-Rey im Interview mit der BaZ eine Bilanz des Schweizer Vorsitzes. sgr/skm

Chance verpasst!

ANDREAS GROSS

BILANZ. Nächsten Mittwoch geht der Vorsitz der Schweiz im Europarat zu Ende. Für die kommenden sechs Monate übernimmt Mazedonien diese Aufgabe. Mazedonien, bei dessen albanischer Minderheit die Schweiz im weltweiten Vergleich den besten Ruf besitzt – ohne dass die Schweiz dies weiss. Die Bilanz des schweizerischen Halbjahres im Europarat: Die Reform des Gerichtshofs für Menschenrechte – die «Perle» des Europarats – ist in Gang gekommen. Die europäische Demokratie-Debatte ist ebenso lanciert worden. Als unmöglich erwies sich die Integration von Weissrussland. Dessen Diktator Lukaschenko brachte zwei Kriminelle um – der grösste denkbare Verstoß gegen die Menschenrechte. Eine klare Disqualifikation für den Europarat! Unterschätzt hat die Schweiz die Komplexität der Probleme in Albanien, Moldawien und Bosnien-Herzegowina. Im Letzteren drohen Wahlen, die den Menschenrechten widersprechen.

Gescheitert ist die Schweiz in der Schweiz: Hier ist das Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Menschenrechten nicht gewachsen. Trotz Minirettbauverbot. Hier bei uns hat der Bundesrat eine grosse Chance verpasst – eine mehr.



Der Kampf um SRG-Gebühren ist entbrannt

Personalgewerkschaft startet die Kampagne «Das volle Programm»

CHRISTIAN MENSCH

Mit einer Gegenbewegung versuchen SRG-nahe Kreise, politisch doch noch den Boden für eine Gebührenerhöhung zu ebnet.

Der Wind weht steif gegen die SRG. Trotz eklatanten, über Jahre hinweg entstandenen Defiziten findet sich in der öffentlichen Diskussion kaum jemand ausserhalb der SRG-Hierarchie, der sich für eine Gebührenerhöhung einsetzt. Im Gegenteil: Der Preisüberwacher hat Zweifel an den SRG-Berechnungen des Finanzbedarfs angemeldet; unter den Politikern melden sich lediglich die SRG-Kritiker zu Wort; mit raschen Sparvorschlägen zur Hand waren zuletzt einzelne Verleger. Den Entscheid über den Finanzbedarf der SRG und damit über eine allfällige Gebührenerhöhung trifft der Bundesrat voraussichtlich im Juni. Falls er keine Erhöhung bewilligt, erwartet die SRG gewisse Leitlinien, bei welchen Leistungen sie Abstriche machen soll.

Die SRG-Personalgewerkschaft SSM versucht nun, Gegensteuer zu geben. Mit einer Anschlagfinanzie-

rung von 30 000 Franken hat sie in diesen Tagen die Kampagne «Pro SRG – das volle Programm» lanciert: Auf einer neuen Website wird das Medienpublikum aufgefordert, eine Petition zu unterzeichnen sowie Statements abzugeben, weshalb die SRG-Leistungen unverzichtbar seien und dass ein Abbau nicht infrage komme.

INKOGNITO. Bis gestern hatte die Aktion, die von der Zürcher Kampagnenforum GmbH gemanagt wird, kein Gesicht. Erst heute will sich ein gleichnamiger Verein mit einer Mitteilung an die Öffentlichkeit wenden und die Exponenten bekannt geben. Im Vereinsvorstand sollen keine SRG-Mitarbeiter sein, erklärte gestern ein inoffizieller Sprecher. Er begründet die Aktion damit, dass das Publikum, das sehr wohl zufrieden sei mit den SRG-Programmen, bisher überhaupt nicht zu Wort komme.

Verläuft die Kampagne wunschgemäss, so werde sich von der Basis aus eine breite Bewegung zugunsten des öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehens bil-

den. Auch die regional verankerten SRG-Trägerschaften, die sich bisher zur Finanzierung nicht geäussert haben, sollen in die Aktion eingebunden werden. Diese Welle an SRG-Begeisterung – sofern es sie denn gibt – soll den Bundesrat bei seiner Entscheidungsfindung beeinflussen.

Bei der Landesregierung ist die SRG gleich mehrfach traktantiert. Gleichzeitig mit dem Gebührentscheid steht auch die Wahl des SRG-Generaldirektors an. Dieser wird zwar vom obersten SRG-Gremium gewählt, doch dieses Gremium hat der Bundesrat mit einem Viertel der Delegierten besetzt. Beobachter gehen davon aus, dass der Bundesrat deshalb zu einer Gesamtbetrachtung über die SRG und ihre Rolle in der Schweizer Medienlandschaft ausholen wird.

Noch nicht entscheidungsreif ist dabei ein Systemwechsel bei der Gebührenerhebung. Von der heutigen Form der Gebührenpflicht pro Haushalt rücken zwar immer mehr europäische Länder ab. Doch diesen Verteilungskampf spart sich der Bundesrat noch auf.